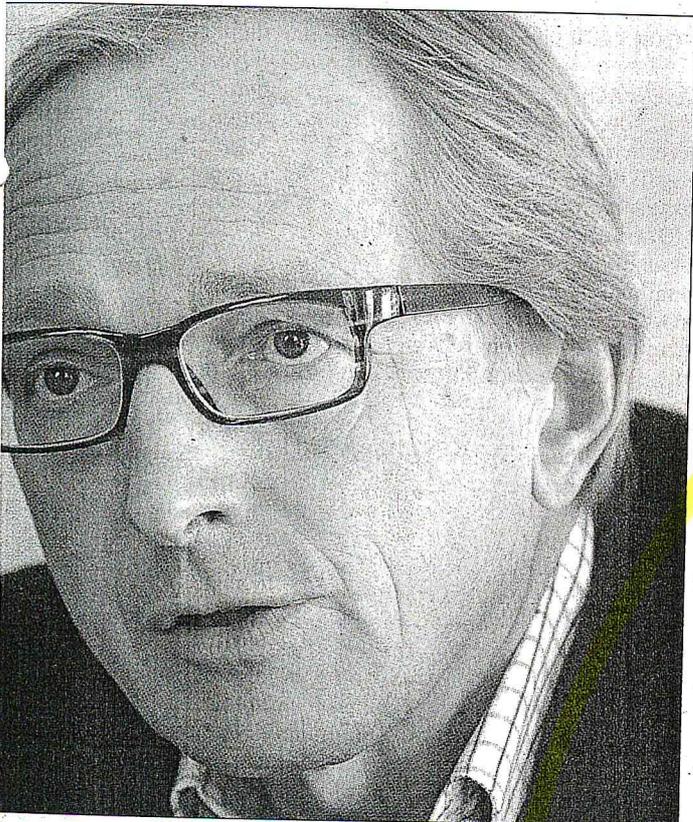


Heinz Schaden

Pensionssystem entscheiden. Dass die Höhe der Pension dann nicht 80 Prozent des Gehaltes betrage, sei falls klar. Je nach Dauer der beruflichen Funktion betrage die Pension nicht mehr 80 Prozent, sondern weniger. Politiker, die 992 im Amt seien, bekämen

rund 50 Prozent ihres Letztbezuges als Pension. Dazu komme die Pension aus der gesetzlichen Altersversicherung, für die Beiträge geleistet werden. Allerdings seien diese nicht besonders hoch, weil es nur wenige Beitragsjahre gebe. All das sei im Bezugesgesetz nachzulesen.



Pensionsregelung im Bezugesgesetz für unklar.

Bild: SN/KOLARIK

erprüfen

eren keinem Betrieb

nun einbehalten. Preuner nzwischen auch die Beiträge, die seit dem Jahr 2004 allen sind. „Die Schlampe dem Steuerzahler nichts“, sagt er.

P-Klubobfrau Schmidt auch die Frage nach der Verantwortung“. hrzehntelange Dominanz Ö habe zu demokratiepoli n, ungesunden Verhältnissen Magistrat geführt. Die rwarde sich eine lückenloklärung der Vorfälle.

DIE GLOSSE

Blanker Hohn

Politikerinnen und Politiker sollen ihr wohlverdientes Geld bekommen. Detto die Pension. Nicht von ungefähr haben SPÖ und ÖVP jetzt bei den Bürgermeistern nachgebessert. Der Anreiz, dass die Besten in die Politik gehen, muss passen. Pensionistinnen und Pensionisten mit einer ASVG-Pension empfinden aber Ruhebezüge, die über 10.000 Euro liegen, als blanken Hohn. An dieser Wurzel ist das Übel zu packen. **JOB**

WIZany



Pensionistentreffen ...

www.salzburg.com/wizany

Heiße Debatte um Grün

Wolff: „Stadt wird durch Deklaration ersticken“

BARBARA HAIMERL

SALZBURG-STADT (SN). Anrainer, Vertreter von Bürgerinitiativen, Grundbesitzer, Architekten, Politiker. Knapp 200 Interessierte kamen Montag zum Informationsabend über die neue Grünlanddeklaration ins Audimax in Freisaal. Ging es doch um die bisher geschützten Grünflächen im Süden der Stadt, die innerhalb der nächsten 30 Jahre zu Bauland werden sollen.

Mitverhandler Richard Hörl wies seine Kritiker gleich zu Beginn in die Schranken: „Monatlang zuschauen und dann kritisieren, davon halte ich nix.“ Die große Abrechnung blieb aus, heftig diskutiert wurde trotzdem.

„Vor zwei Jahren hieß es noch, wir brauchen kein neues Bauland. Was hat sich seither verändert?“, rief ein Rechtsanwalt aus der Santnergasse in Salzburg-Gneis. Stadtrat Johann Padutsch: „Prinzipiell hat sich nichts geändert.“ Der Mehrwert der Deklaration sei, dass auf 30 Jahre die Diskussion über die Bauland-Grünland-Grenze beendet sei.

„Schauen Sie doch über den

Horizont hinaus“, appellierte Peter Haibach an die Bewohner, die neue Wohnbauten vor ihrer Haustüre ablehnen. Nicht der Süden, sondern Taxham, Lehen und Liefering hätten bereits ihre Seele verloren. „Und jetzt sollen wir sie auch noch verlieren?“, ertönte es aus den hinteren Reihen.

„Nissenstraße ist die eigentliche Bausünde“

„Warum tasten Sie unser Grünland an, wenn sich darauf in den nächsten zehn Jahren ohnehin nur 800 Wohnungen ausgehen?“, fragte Willi Schneider, auch Anrainer an der Santnergasse. Besonders stört ihn die geplante Verlegung der Nissenstraße. Bgm. Heinz Schaden (SPÖ) versteht diese Kritik nicht. Die Nissenstraße sei die eigentliche Bausünde im dortigen Grünland.

Die Deklaration beraube die Stadt jeder dynamischen Entwicklung, kritisierte Lukas Wolff, Obmann des Salzburger Haus- und Grundbesitzerbundes. „Die Stadt wird daran ersticken.“

Nächster Info-Abend: 23. 10., 18.30 Uhr, Stiegl's Brauwelt in Maxglan.